



Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Pressemitteilung

Absender dieses Schreibens:
LEE MV - Vorsitzender
Rudolf Borchert
c/o Mercure, Klosterstr. 28
19053 Schwerin

Schwerin, 18. 7. 2018

Scheitert die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern? LEE fordert 1,2 % der Landesfläche als Windeignungsgebiete bis 2025

Der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) warnt davor, dass die energiepolitischen Ziele auch in Mecklenburg-Vorpommern verfehlt werden. Der LEE hat daher ein Positionspapier erarbeitet, das die Situation, Perspektiven und notwendigen Maßnahmen darstellt, um die beschlossenen energiepolitischen Ziele im Bereich Windkraft an Land noch zu erreichen.

„Mecklenburg-Vorpommern ist noch ein Vorreiter bei der Energiewende. Doch selbst in unserem Land machen Erneuerbare Energien erst ein Drittel der Energieversorgung aus. Das reicht nicht aus, um den Klimawandel zu stoppen, von dem Mecklenburg-Vorpommern mit seinen flachen Küsten und durch zunehmende Trockenperioden besonders betroffen ist. Insbesondere in den Bereichen Wärme und Verkehr spielen Erneuerbare Energien bisher nur eine sehr untergeordnete Rolle. Mit dem Ausbau der Elektromobilität und dem zunehmenden Einsatz von Wärmepumpen wird auch in den Bereichen Verkehr und Wärme Strom eine wesentliche Energiequelle sein. Doch der notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt nicht schnell genug voran, insbesondere der Ausbau der Windenergie an Land,“ betont Rudolf Borchert, Landesvorsitzender des LEE. „Windenergie an Land ist mit einem Anteil von rund 50 % der wichtigste Baustein der Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern. Um zumindest die Ziele der Landesregierung zu erreichen, bräuchten wir einen jährlichen Zubau von über 300 MW, also rund 80 Windkraftanlagen pro Jahr. Aktuell erreichen wir weniger als 200 MW, bei sinkender Tendenz. Das ist ein Alarmzeichen.“

Die Landesregierung hat in ihrer Energiepolitischen Konzeption von 2015 das Ziel festgelegt, bis 2025 die Windenergie an Land auf 6.000 MW Leistung auszubauen. Anfang 2018 fehlten an diesem Ziel noch über 2.700 MW. Damit müsste von 2018 - 2025 ein Zubau von rund 340 MW pro Jahr erfolgen, um dieses Ziel zu erreichen.

„Wir brauchen dringend neue Eignungsgebiete für Windenergie in MV“, fordert Rudolf Borchert vom LEE. „Seit 2011 sind keine neuen Eignungsgebiete mehr ausgewiesen worden. Die laufenden Neuausweisungen kommen nur schleppend voran. Nach aktuellen Informationen werden die Neuausweisungen auch nur zu einer geringfügigen Erweiterung der Eignungsgebiete von rund 0,6 auf nicht einmal 0,8 % der Landesfläche führen. Erforderlich sind jedoch mindestens 1,2 % bis 2025. Bis spätestens 2040 ist eine Ausweisung von 2 % der Landesfläche erforderlich, um noch die Energiewende zu schaffen und dem Pariser Klimaschutzabkommen gerecht zu werden.“

Landesverband Erneuerbare Energien MV e.V. (LEE MV)

c/o Mercure Hotel Schwerin | Klosterstraße 28 | 19053 Schwerin | Email: info@lee-mv.de
Vorsitzender: Rudolf Borchert | Stellv. Vorsitzende: Kay Wittig, Dirk Donath | Kassenwart: Ulrich Söffker

Der LEE legt daher einen Forderungskatalog vor, der folgende sieben Punkte enthält:

1. Das Ziel der Landesregierung, die Windenergie an Land bis 2025 auf 6.000 MW auszubauen, muss umgesetzt werden.
2. Die laufenden Teilfortschreibungen zur Ausweisung neuer Eignungsgebiete sind zügig abzuschließen, spätestens bis 2020, um nach 2011 endlich wieder neue Eignungsgebiete auszuweisen.
3. Das Ausbauziel von 6.000 MW bis 2025 muss Grundlage für die Ausweisung neuer Windeignungsgebiete mit einem Umfang von mindestens 1,2 % der Landesfläche bis 2025 sein.
4. Die Landesregierung muss eine grundsätzliche Klärung herbeiführen, wie dieses Ziel unter Berücksichtigung eines angemessenen Artenschutzes und des Landschaftsbildes zu erreichen ist.
5. Der im Koalitionsvertrag vorgesehene neue Windenergieerlass muss die Grundlage schaffen, um die erforderlichen Windeignungsgebiete von 2 % der Landesfläche bis 2040 auszuweisen.
6. Eine Konzentration der erforderlichen Eignungsgebiete auf wenige lokal beschränkte Gebiete lehnen wir aus ökologischen und sozialen Gründen ab.
7. Das gesamt zu Verfügung stehende politische und planerische Instrumentarium muss derart ausgerichtet sein, um die genannten Ziele zu erreichen.